

Wie die UNO heute handeln könnte, um den Völkermord in Palästina zu stoppen (mondoweiss.net)

18–21 Minuten

<https://mondoweiss.net/2025/08/how-the-un-could-act-today-to-stop-the-genocide-in-palestine/>

Nach 22 Monaten beispiellosen Blutbads sind drei Dinge klar: (1) Das israelische Regime wird den Völkermord in Palästina nicht aus eigenem Willen beenden, (2) die US-Regierung, Israels wichtigster Kollaborateur, sowie die Mehrheit der Israelis und die Stellvertreter und Lobbys des Regimes im Westen bekennen sich voll und ganz zu diesem Völkermord und zur Zerstörung und Auslöschung jedes Überbleibses Palästinas vom Fluss bis zum Meer, und (3) andere westliche Regierungen wie Großbritannien und Deutschland sowie viel zu viele mitschuldige arabische Staaten in der Region setzen sich voll und ganz für die Straflosigkeit Israels ein.

Das bedeutet, dass der Völkermord (und die Apartheid) nur durch den Widerstand gegen das israelische Regime, die Standhaftigkeit des palästinensischen Volkes, die Solidarität der übrigen Welt und die Isolierung, Schwächung, Niederlage und Zerschlagung des israelischen Regimes beendet werden kann.

Wie im Apartheid-Südafrika ist dies ein langfristiger Kampf. Doch trotz der Blockade westlicher Regierungen gibt es Dinge, die sofort getan werden können. Dazu gehören Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen, Demonstrationen, Unruhen, ziviler Ungehorsam, Aufklärung, Strafverfolgung nach dem Weltrechtsprinzip und Zivilklagen gegen israelische Täter und Komplizen in unseren eigenen Gesellschaften. Und ja, wir können auch Intervention und Schutz für das palästinensische Volk fordern. Werbung

Der Mechanismus „Uniting for Peace“ wurde 1950 durch eine Resolution aus der Zeit des Kalten Krieges ins Leben gerufen und ermächtigt die UN-Generalversammlung (UNGA) einzutreten, wenn der Sicherheitsrat durch das Veto eines seiner ständigen Mitglieder blockiert wird. Im Rahmen dieses

Mechanismus könnte die UNGA eine UN-Schutztruppe beauftragen, nach Palästina zu entsenden, um Zivilisten zu schützen, humanitäre Hilfe zu gewährleisten, Beweise für israelische Verbrechen zu sichern und beim Wiederaufbau zu helfen.

Und die bevorstehende Frist, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen im vergangenen Jahr für die Einhaltung der Anordnungen und Feststellungen des Internationalen Gerichtshofs gesetzt hat, verbunden mit der Zusage „weiterer Maßnahmen“ im Falle einer Nichteinhaltung, stellt einen kritischen Moment zum Handeln dar. Tatsächlich ist die Zeit für ein Eingreifen längst überfällig.

Interventionsmodelle

Wie ich bereits früher geschrieben habe, kann jedes Land rechtlich eingreifen (einzelne oder in Abstimmung mit anderen), um den Völkermord, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Kriegsverbrechen des israelischen Regimes zu stoppen. Tatsächlich sind Staaten angesichts solcher Gräueltaten gemäß den Genfer Konventionen, der Völkermordkonvention und anderen Rechtsquellen rechtlich dazu verpflichtet. Das Völkerrecht verlangt ein Eingreifen, der Staat Palästina hat zum Eingreifen aufgefordert und die palästinensische Zivilgesellschaft hat um ein Eingreifen gebeten. Aber nur wenige Staaten sind dieser feierlichen Verpflichtung nachgekommen, während der Jemen unter Ansar Allah dafür gnadenlos von den US-Streitkräften angegriffen wurde und der Völkermord nun schon seit fast zwei Jahren weiter wütet. Ein multilaterales Mandat könnte also den rechtlichen, politischen und diplomatischen Schutz bieten, den die meisten Staaten für eine Beteiligung an einem Eingreifen benötigen.

Hier ist Vorsicht geboten. Es gibt viele Vorschläge für Interventionen. Doch bei einigen geht es nicht um den Schutz des palästinensischen Volkes, geschweige denn um seine Befreiung.

Einige fordern zivile Beobachter für Gaza – im Wesentlichen ein paar Dutzend Beobachter in blauen Westen, die nur mit Klemmbrettern und Funkgeräten bewaffnet sind. Doch Menschenrechtsbeobachter gab es im Westjordanland und im Gazastreifen schon seit Jahrzehnten, vor und während des aktuellen Völkermords. Diese leisten zwar wertvolle Arbeit, haben aber keine abschreckende Wirkung, und das israelische Regime betrachtet sie keineswegs als Hindernis für seine schändlichen Pläne.

Andere, darunter die Franzosen und die Saudis, haben eine sogenannte „Stabilisierungstruppe“ gefordert. Doch die Einzelheiten ihres Vorschlags lassen darauf schließen, dass eine solche Intervention nicht in erster Linie dem Schutz der Palästinenser vor dem israelischen Regime dienen würde, sondern

vielmehr darauf, den palästinensischen Widerstand im Auge zu behalten und vor Oktober 2023 den grausamen *Status quo ante* wiederherzustellen, der die Einsperrung des palästinensischen Volkes und seine langsame, systematische Vernichtung mit sich bringt.

Gleichzeitig scheinen viele dieser Vorschläge in hohem Maße darauf ausgerichtet zu sein, den Normalisierungsprozess des israelischen Regimes wiederaufzunehmen und die Oslo-Falle wiederzubeleben. Es versteht sich von selbst, dass eine Rückkehr zu einer Art Oslo 2.0 – als weiterer Deckmantel für die israelische Straflosigkeit, in dem den Palästinensern gesagt wird, sie müssten mit ihrem Unterdrücker über ihre Rechte verhandeln, während ihre Rechte und ihr Land kontinuierlich ausgehöhlt werden und der Status des Regimes zunehmend gefestigt und normalisiert wird – nicht die Lösung ist.

Dann gibt es noch Donald Trumps [Vorschlag](#) einer direkten US-Besatzung, ethnischer Säuberungen und kolonialen Beherrschung des Gazastreifens, der einmal mehr die gefährlichen und zutiefst rassistischen Wahnvorstellungen des US-Imperiums offenbart. Schließlich hat das israelische Regime selbst die Stationierung einer stellvertretenden Besatzungstruppe [vorgeschlagen](#), die aus Kräften arabischer Staaten bestehen soll, die mit dem Regime kollaborieren. Es liegt auf der Hand, dass es bei diesen Vorschlägen nicht um die Beendigung von Völkermord und Apartheid geht. Es geht vielmehr darum, diese zu festigen.

Die Optionen der UNO

Damit kommen wir zu den Vereinten Nationen.

Mitte September läuft die im letzten Jahr von der Generalversammlung gesetzte Frist ab, innerhalb derer Israel den Forderungen des Internationalen Gerichtshofs und der UN-Generalversammlung nachkommen muss, andernfalls müssen die USA mit „[weiteren Maßnahmen](#)“ rechnen. [Westliche Delegationen versuchen, dieser Verschärfung der israelischen Verantwortung zuvorzukommen, indem sie den Fokus auf die Anerkennung Palästinas verlagern oder die längst vergessene Leiche von Oslo und die sogenannte „Zweistaatenlösung“ wiederbeleben](#) – einen weiteren politischen Prozess, der Israel normalisiert, die Palästinenser marginalisiert, einen Deckmantel für anhaltende israelische Menschenrechtsverletzungen bietet und das vage Versprechen eines palästinensischen Bantustans in der Zukunft bietet. Doch die UN muss auf diese List nicht hereinfallen.

Natürlich hat die UNO selbst in diesem Völkermord viel zu verantworten. Gewiss haben einige UN-Mitarbeiter wahre Heldenataten vollbracht: die UNRWA-Mitarbeiter, die während des israelischen Völkermords zu Hunderten [ermordet](#) wurden, viele mitsamt ihren Familien; [andere humanitäre](#)

Helper der UNO , die trotz enormer Risiken weiter daran arbeiteten, das Leid der Menschen in Gaza zu lindern; der Internationale Gerichtshof der UNO , der trotz enormen Drucks, dies nicht zu tun, historische Entscheidungen zur Bestätigung der Rechte des palästinensischen Volkes fällte; und die UN-Sonderberichterstatter wie Francesca Albanese , die zwei Jahre lang Verleumdungen, Diffamierungen, Schikanen, Morddrohungen und US-Sanktionen ertragen mussten , nur weil sie die Wahrheit sagten und das Gesetz anwendeten.

Doch die politische Seite der UN hat kläglich versagt. Einige, wie der UN-Generalsekretär, seine leitenden Berater (zu Völkermord, Kindern in Konflikten, sexueller Gewalt in Konflikten, politischen Angelegenheiten usw.), der Hohe Kommissar für Menschenrechte und andere hochrangige politische Führungspersönlichkeiten, haben kläglich versagt – nicht, weil sie nicht mehr hätten tun können, sondern weil sie sich dagegen entschieden haben. Und natürlich ist der Sicherheitsrat das bleibende Symbol des UN-Versagens, der unter den ihm von den USA und ihren westlichen Verbündeten auferlegten Zwängen völlig nutzlos geworden ist. „ *Uniting for Peace*“ bietet die Chance, die UN wieder auf Kurs zu bringen und das Erbe der Organisation vor dem potenziell tödlichen Schlag eines weiteren Völkermords unter ihrer Aufsicht zu bewahren.

Szenarien des Sicherheitsrats

Natürlich hat der Sicherheitsrat gemäß Kapitel 7 der UN-Charta die Befugnis, bewaffnete Streitkräfte einzusetzen und diese Streitkräfte auch gegen den Willen eines Landes einzusetzen.

Da die USA, Großbritannien und Frankreich (allesamt am Völkermord beteiligte Staaten) im Rat über ein Vetorecht verfügen, gibt es bei der Behandlung eines Interventionsvorschlags durch den Sicherheitsrat nur zwei mögliche Ergebnisse: (1) Ein Mandat, das den USA als Stellvertreter Israels gefällt und daher für die Palästinenser verheerend wäre und gegen den Willen der Palästinenser gemäß Kapitel 7 durchgesetzt werden könnte, oder (2) ein US-Veto gegen jede Streitmacht, die tatsächlich hilfreich wäre.

Es ist klar, dass der Sicherheitsrat von Natur aus kein Freund der Besetzten, Kolonisierten oder Unterdrückten ist. Der Weg zu Schutz und Gerechtigkeit führt daher nicht durch den Sicherheitsrat, sondern um ihn herum.

Gemeinsam für den Frieden in der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Daher ist ein sinnvolles Handeln des UN-Sicherheitsrats in einem Gremium, das vom US-Veto dominiert wird, praktisch unmöglich.

Doch hier liegt der Punkt: Die Welt muss angesichts dieses Vetos **nicht kapitulieren.**

Die UN-Generalversammlung (UNGA), die im September zusammentritt, ist durch die Resolution „Uniting for Peace“ ermächtigt, einzugreifen, wenn der Sicherheitsrat aufgrund eines Vetos nicht handeln kann. Es gibt historische Präzedenzfälle. Und solch außergewöhnliche Maßnahmen waren noch nie so dringend.

Eine im Rahmen von „United for Peace“ verabschiedete Resolution der UN- Generalversammlung könnte

1. Alle Staaten auffordern, umfassende Sanktionen und ein Militärembargo gegen das israelische Regime zu verhängen. Israel hat zwar nicht die Macht, Sanktionen durchzusetzen, aber es kann sie verhängen, überwachen und bei Bedarf ergänzen.
2. Beschließen Sie, die Akkreditierung Israels durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen abzulehnen, wie es die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Fall des Apartheid-Regimes in Südafrika getan hat.
3. Schaffung eines Rechenschaftsmechanismus (wie etwa eines Strafgerichtshofs), um israelische Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Apartheid und Völkermord zu ahnden.
4. Reaktivierung der seit langem ruhenden Anti-Apartheid-Mechanismen der UNO , um die israelische Apartheid zu bekämpfen, und
5. Erteilen Sie das Mandat für die Entsendung einer bewaffneten, multinationalen UN-Schutztruppe nach Gaza (und letztendlich ins Westjordanland). Diese soll auf Ersuchen des palästinensischen Staates handeln und Zivilisten schützen, Einreisepunkte zu Land und zu Wasser öffnen, humanitäre Hilfe leisten, Beweise für israelische Verbrechen sichern und bei der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau helfen.

Alle diese Maßnahmen könnten von der UN-Generalversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden, wodurch das US-Veto im Sicherheitsrat umgangen würde. Da Palästina um eine Intervention gebeten hat, ist für die Entsendung einer Schutztruppe kein Kapitel-7-Angriff des Sicherheitsrats erforderlich. Palästina behielt die volle Entscheidungsbefugnis über Zeitpunkt und Dauer der Mission, wodurch die Angst vor einer weiteren Besatzungstruppe entfällt.

Ganz wichtig ist, dass Israel, wie die jüngsten Urteile des Internationalen Gerichtshofs bekräftigten , kein Recht hätte, die Mission abzulehnen, zu behindern oder zu beeinflussen. Der Gerichtshof hat bestätigt, dass Israel

weder im Gazastreifen noch im Westjordanland Autorität, Souveränität und Rechte besitzt.

Der Ablauf ist einfach: (1) Zunächst wird ein Vorschlag im Sicherheitsrat abgelehnt (das ist unvermeidlich, da die USA im Sicherheitsrat als Stellvertreter Israels fungieren); (2) Die Staaten fordern eine außerordentliche Dringlichkeitssitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Rahmen des Mechanismus „*Uniting for Peace*“ (auch das ist einfach, da die 10. außerordentliche Dringlichkeitssitzung noch aktiv ist und auf Ersuchen eines Mitgliedstaates problemlos wieder aufgenommen werden kann); (3) In enger Absprache mit dem Staat Palästina wird von einem oder mehreren Sponsoren eine Resolution vorgeschlagen; (4) Die Resolution wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen (eine von den Regeln für „wichtige Angelegenheiten“ wie diese vorgeschriebene Schwelle. Frühere Abstimmungsmuster in Bezug auf Palästina deuten darauf hin, dass diese Mehrheit erreichbar ist); (5) Der UN-Generalsekretär wird angewiesen, in Absprache mit dem Staat Palästina als anfordernder Einheit Truppenbeiträge von den Ländern zu erbitten, und: (6) Die Mission wird zusammengestellt und entsandt (obwohl dies aufgrund der vorhersehbaren aktiven Einmischung der USA politisch wahrscheinlich eine Herausforderung darstellt, ist dies technisch einfach).

Rechtlich gibt es keine Hürden. Die Regeln erlauben es, die *Vollmacht der UN-Generalversammlung „Uniting for Peace“ wurde wiederholt bestätigt, und es gibt Präzedenzfälle, insbesondere die Mandatierung der UN-Notfalltruppe für den Sinai ([UNEF](#)) durch die UN-Generalversammlung von 1956 trotz der Einwände Großbritanniens, Frankreichs und Israels.*

Natürlich werden die USA und das israelische Regime alle verfügbaren Mittel einsetzen, um die notwendige Zweidrittelmehrheit zu verhindern. Sie werden versuchen, den Text abzuschwächen und Staaten zu bestechen und zu bedrohen, damit sie mit Nein stimmen, sich enthalten oder der Abstimmung fernbleiben. Die derzeitige gesetzlose Regierung in Washington könnte im Namen des israelischen Regimes sogar mit Sanktionen drohen, wie sie es bereits gegenüber dem [Internationalen Strafgerichtshof](#) und dem [UN-Sonderberichterstatter](#) getan hat. Und sie wird wahrscheinlich versuchen, die Einrichtung der Schutztruppe selbst zu behindern, sobald diese ihr Mandat erhält.

Daher muss die globale Mehrheit der Staaten angesichts der US-amerikanischen und israelischen Drohungen ihren Kurs beibehalten. Und die globale Zivilgesellschaft muss ihren Forderungen nach Schutz und Gerechtigkeit standhaft treu bleiben und dafür sorgen, dass die Staaten im grellen Licht der Öffentlichkeit für oder gegen eine Truppe stimmen, die die Palästinenser vor Völkermord schützt. Niemand darf sich hinter dem US-Veto

verstecken und die Hände in die Luft heben und den bekannten Refrain „Wir haben es versucht, aber die USA haben ihr Veto eingelegt“ verwenden.

Sobald das Mandat erteilt ist, soll die Schutztruppe zu Lande, zu Wasser und in der Luft eingesetzt werden. Sie soll von den internationalen Medien begleitet und auf allen diplomatischen Kanälen unterstützt werden, um ihren erfolgreichen Einsatz sicherzustellen und das Regime und seine westlichen Unterstützer zum Rückzug zu drängen. Die Welt hat die Chance, einen Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen. Alles, was sie braucht, ist der Wille dazu.

Abschluss

Angesichts historischer Gräueltaten wie diesen, die das Überleben eines Volkes bedrohen und das junge Projekt der Menschenrechte und des Völkerrechts zunichtenmachen könnten, müssen alle verfügbaren Mittel eingesetzt werden. Die Welt hat dies bisher nicht getan. Sie muss es versuchen, und zwar schnell.

Natürlich sind wir nicht naiv. Der Erfolg ist nicht garantiert. Aber wenn wir es nicht versuchen, ist das Scheitern garantiert.

Und die Zeit drängt. Der Völkermord wütet weiterhin in Gaza und breitet sich auch im Westjordanland aus. In Gaza wurde eine Hungersnot ausgerufen. Israel weitet seine Militärpräsenz in Gaza aus und wütet im Westjordanland. Am 18. September endet die einjährige [Frist](#) der UN-Generalversammlung, innerhalb derer Israel den Forderungen der UN-Generalversammlung und des Internationalen Gerichtshofs nachkommen muss, andernfalls drohen ihm „weitere Maßnahmen“. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln.

Die freie Meinungsäußerung wird angegriffen – insbesondere, wenn es um Palästina geht.

Von der Zensur studentischer Stimmen bis hin zu den Morden an Journalisten im Gazastreifen: Die Wahrheit über Palästina zu sagen, war noch nie so teuer wie heute. Bei Mondeweiss veröffentlichen wir furchtlose Berichte und kritische Analysen, die andere nicht anrühren – weil wir glauben, dass die Öffentlichkeit die Wahrheit über Palästina erfahren muss.

Wir werden von Lesern finanziert, die an Gerechtigkeit, Transparenz und Pressefreiheit glauben.

Wenn Sie der Meinung sind, dass Journalismus die Macht herausfordern und nicht ihr dienen sollte, dann spenden Sie bitte noch heute.

Posted on 9. September 2025 at 01:18 in [Allgemein](#) | [RSS-Feed](#)